

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Amtsblatt für die Amtshauptmannschaft Flöha, die Staats- und Gemeindebehörden zu Frankenberg

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Kohberg sen. in Frankenberg i. Sa. — Druck und Verlag: C. G. Kohberg in Frankenberg i. Sa.

Nr. 43

Sonnabend den 21. Februar 1920

79. Jahrgang

Lebensmittel-Verkäufe:

Butter Sonnabend den 21. 2. 1920 auf Butternebenart Nr. 50 je 30 Gramm.

Quartl Sonnabend den 21. 2. 1920 bei Scharschmidt, Heller, Kiedler, Ketterich u. Berger an 1. und 3. Bezirk Nr. 1 bis 700 auf 3. Abschnitt für Februar der Landespreise. Frankenberg, den 20. Februar 1920. Lebensmittel-Abteilung des Stadtrates.

Meldepflicht für gewerbliche Verbraucher von Kohle, Koks u. Briketts über 10 Tonnen monatlich im März 1920

Die März-Meldungen haben bis spätestens 5. März auf den für diese vorgeschriebenen bedruckten Meldelagen zu erfolgen, die im Rathaus (Zimmer Nr. 2, Cristofhlenstraße) entnommen werden können.

Alle Holz-Gutschein- und Holzarten-Inhaber wollen ihr Holz bis zum 24. Februar 1920 zur Abholung bringen, andernfalls gelten dieselben als verfallen.

Kohlen- und Brikett-Abgabe Sonnabend den 21. Februar 1920 Gewerbe- u. Untermietlerliste bei Hofstation, Hammer u. Drpm. Karte 30 ist verfallen. Frankenberg, den 20. Februar 1920. Cristofhlenstraße des Stadtrates.

Ehrenstätte für die gefallenen Krieger

Zu unserer großen Befriedigung können wir feststellen, daß unsere Bemühungen, wie zu erwarten war, lebhaften Anteil an der geplanten Ehrenstätte nimmt. Aus verschiedenen, nicht außer Acht zu lassenden Gründen ist aber erwünscht, daß die Ausführung möglichst beschleunigt wird. Wir bitten Sie deshalb dringend, alle diejenigen zu bitten, die noch zur Zeichnung von Beiträgen bereit sind, diese bis spätestens Ende dieses Monats in den Zeichnungsbüchlein (Reichs-, Vereins-, Frankenberg Bank, Sparkasse, Stadthauptkasse, Geschäftsbüchlein des Tageblattes und Verkaufsstellen des Kaufmännischen Vereins) vorzunehmen. Die Erfüllung unserer Bitte würde unsere Aufgabe wesentlich erleichtern.

Frankenberg, den 19. Februar 1920.

Der Ausschuss zur Errichtung einer Ehrenstätte für gefallene Frankenberger Krieger.
Bürgermeister Dr. Irmer. Direktor Berthold.

Einwohnerwehr Frankenberg

Montag den 23. Februar 1920 Abend 8 Uhr

Bersammlung im „Bürgergarten“

Die in den Listen eingetragenen Herren werden dringend gebeten, vollständig zu erscheinen.

Der Ausschuss.

Tageblatt-Bestellungen

nehmen unsere Ausgabestellen, Stadt- und Landboten, sowie Postanstalten entgegen.

Volksernährungsfragen in Sachsen

Weder wie es in der Öffentlichkeit demnat lobt gegenwärtig ein bestiger Kampf für und gegen die Zwangswirtschaft. Auf beiden Seiten fehlt es nicht an sachmännlichen Autoritäten, die ohne Zweifel den besten Willen haben, der Allgemeinheit zu dienen und die von der Vertretung ihres Standpunktes leitet. Die Sachverständigen erwarten, daß die Regierung, die einzig und allein verantwortlich ist für ihre Maßnahmen, die einzig und allein wissen, wie die Aufhebung der Zwangswirtschaft wirken würde? Niemand! Man spricht verständlich von einer kurzen Uebergangszeit und dann würde sich alles von selbst regeln. Wer kann die Dauer einer solchen Uebergangszeit angeben? Niemand! Man könnte das Fragezeichen auf diesem Gebiete ins Unendliche fortsetzen und würde immer nur eine Vermutung als Antwort erhalten. Trotz alledem steht unsere Regierung auf dem Standpunkt: So wie bisher geht es auf seinen Fall weiter!

Was nun geschehen soll, um unserem gesamten Ernährungsweisen eine sichere Grundlage zu geben, das beantwortete am Donnerstag nachmittag im Sitzungssaal der Reichshauptmannschaft Chemnitz vor einer großen Anzahl Pressevertreter in längerer Aussprache Regierungsrat Dr. Schmidt-Beonhardt aus Dresden. Die Regierung steht augenblicklich vor wichtigen Entscheidungen. Die Zwangswirtschaft darf und wird nicht von ewiger Dauer sein. Aber sie ist mit der Zeit ein so einschneidendes Gebäude geworden, daß es nicht angeht, einzelne Steine aus diesem Bau zu entfernen, ohne den Zusammenbruch des ganzen Baues herbeizuführen. Der Abbau der Zwangswirtschaft kann also nur allmählich geschehen, zumal wir durch eigene Produktion unseren Bedarf nicht decken können. An die Erweiterung der Einfuhr von Lebensmitteln ist zurzeit auch nicht zu denken, da der Tiefstand unserer heimischen Landwirtschaftswirtschaften als es je schmerzliche Schritte tun konnten. Die Hauptfrage auf dem Ernährungsgebiete ist heute die: auf welche Weise kann die Erzeugung der landwirtschaftlichen Produkte gesteigert werden? Die Lösung dieser Frage glaubt die Regierung in dem System der Anreizpreise gefunden zu haben. Man will der Landwirtschaft im Voraus Preise garantieren, die nicht nur die Erzeugerkosten decken, sondern noch einen angemessenen Nutzen haben. Bestimmte Mindestpreise sollen den Erzeugern rechtzeitig bekanntgegeben, daß die später kommenden Höchstpreise nicht unter diese Mindestpreise herabgehen würden. Dadurch wird für den Landwirt ein Anreiz zu erhöhtem Anbau geschaffen.

Weiter hat sich die Regierung mit dem Gedanken der Vertretung beschäftigt, eine Einrichtung, welche die Festlegung eines bestimmten Einheitspreises bedingt. Aufgabe ist, daß die Preise aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse in einem gewissen Verhältnis zu einander stehen. Nimmt man nun ein Produkt — etwa den Roggen — als Mittelpunkt der Preisbildung, so müssen sich alle anderen landwirtschaftlichen Erzeugnisse in ein bestimmtes Verhältnis dazu stellen. Weiter denkt die Regierung daran, das ganze Land in Zonen einzuteilen und die Preise in diesen Zonen ganz der Eigenart bzw. den besonderen Verhältnissen und Bedürfnissen anzupassen. Mindestpreise und Vertretung sind also die Angelpunkte der Ernährungspolitik unserer Regierung. Man geht dabei von der volkswirtschaftlichen Erfahrung aus, daß jede Preisregelung, weil sie die Produktion fördert, letzten Endes eine Preislenkung zur Folge hat. Je mehr Werte auf den Markt kommen, desto besser ist der Verbraucher versorgt, desto eher fallen die Preise.

Am Schluß seiner Ausführungen verbreitete sich Regierungsrat Dr. Schmidt-Beonhardt über Einzelgebiete der Volksernährung. Eine wesentliche Erhöhung der Milchpreise wird sich nicht umgehen lassen. Auch hier wieder wird die Erhöhung vorübergehend sein und eine günstige Wirkung für die Zukunft haben. Die Preisveränderung hängt in erster Linie von der Beschaffung von Druschkohlen ab, ohne Kohle keine Ernährung. Augenblicklich geschieht alles, um die Abfuhr des Braunkohles zu erhöhen und zu beschleunigen. Die Lieferung der Kartofohlen hängt ab von dem Zustand der Wägen. Im Vorjahr waren die Kartofohlen in den Wägen sehr gut. Die Strohmittel (Kartoffeln und Wägen) sind sehr im Preise gestiegen. Augenblicklich glaubt man die Verteilung von 1.16 Tausend Wägen für den Monat garantieren zu können.

Dem Vortrag folgte eine Aussprache. Das Ergebnis der Verhandlungen kann man kurz zusammenfassen in dem Satz: Unsere Ernährungsfrage ist ernst, aber nicht verzweifelt. Die sachliche Regierung, die doch eine Volksernährung ist, läßt nichts ungetan, um die Verhältnisse nach ihren Kräften zu bessern. Wenn ihre Mitglieder auf Grund eines genaueren Einblickes in die Verhältnisse der Preisregelung landwirtschaftlicher Produkte zukommen, so liegen zwingende Gründe vor, die unbedingt berücksichtigt werden müssen, wenn der Weg zur Besserung ein erfolgreicher sein soll. R. Hl.

Deutsches Recht für die „Kriegsschuldigen“

Es ist in Londoner und Pariser Zeitungen bezweifelt worden, daß eine Aburteilung der auf den „Auslieferungslisten“ stehenden Personen durch das Reichsgericht in Leipzig möglich sei, weil das deutsche Strafrecht den hier in Betracht kommenden Verhältnissen nicht vollkommen Rechnung trage. Diese Presse-Verurteilungen scheinen auch den Vorbehalt der Entente vorzusehen zu haben, bei nicht genügender Strafe die Sache selbst vorzubehalten zu wollen. In solchen Befürchtungen liegt aber gar kein Anlaß vor. Das deutsche Strafrecht ahndet die Ueberschreitung der Amtsgewalt mit voller Strenge, vorausgesetzt natürlich, daß sie überhaupt stattgefunden hat. Auch das Reichsgericht kann ein Strafverfahren nur einleiten, vorausgesetzt, daß die Voruntersuchung hinreichende Belastungsbeweise ergibt, und es wird selbstverständlich die Beweisanträge der Entente genau zu prüfen haben.

Die Verhandlungen, die zurzeit zwischen dem Oberreichsanwalt und dem Reichsjustizministerium schweben wegen der Verhandlung gegen die auf der Auslieferungsliste stehenden Personen sind augenblicklich in der Hauptsache ein organisatorische Fragen. Man muß mit der Möglichkeit rechnen, daß es sich um eine ganze Anzahl von Prozessen handelt, die das Reichsgericht im Rahmen seiner gegenwärtigen Arbeitsleistung gar nicht bewältigen kann. Deshalb wird zurzeit die Frage erogen, ob es nicht notwendig sein wird, in größerem Umfang Hilfskräfte an das Reichsgericht zu ziehen und besondere Senate zu bilden, denen die Entscheidung gegen die „Kriegsverbrecher“ zu überweisen wäre. Zu einer solchen auch nur vorübergehenden Erweiterung des Reichsgerichts aber ist ein besonderes Gesetz notwendig, das dem voraussichtlich der Nationalversammlung Ende Februar zugehen dürfte. Nebenher geht selbstverständlich die Prüfung des Anlagematerials, das in der Auslieferungsliste enthalten ist. Dieses Material ist aber so außerordentlich dürftig und lückenhaft, daß, soweit sich bisher übersehen läßt, auch nicht ein einziger Fall die Voraussetzung für die Erhebung einer Anklage gibt, deshalb wird man abwarten müssen, bis die von der Entente angeforderte internationalisierte Kommission, die bereits am Freitag ihre erste Sitzung abhalten soll, die erforderlichen Ergänzungen des Belastungsmaterials vorgenommen und es der deutschen Regierung zur Verfügung gestellt hat. Bis dieses Material aber eingetroffen wird, die Pause naturgemäß ausgefüllt, um auch die technischen Fragen, die sich aus der Nachprüfung des Belastungsmaterials ergeben, zunächst zu klären.

Ueberschichten im Bergbau

Zeit langem endlich einmal eine erfreuliche Nachricht! Die Erkenntnis, daß nur noch die Werte schaffende Arbeit uns retten kann, ringt sich erfreulicherweise durch. Die Kohle ist unser bedeutendstes Wertobjekt und wichtigstes Zahlungsmittel. Es hat den Anschein, daß auch die Bergleute in überwiegender Zahl zu dieser Einsicht gelangen. Der alte Bergarbeiterverband im Bezirk Lugau hat sich auf seiner Jahreskonferenz einstimmig mit dem Verfahren der acht Stunden einverstanden erklärt. Vor kurzem konnten wir über die in Aussicht stehende vorübergehende Einführung einer einstündigen Schichtverlängerung im Lugauer Kohlenrevier berichten, die dem Bergmann das Bezugsrecht auf ein Kilogramm Fett oder Speck zu verbilligten Preisen einräumt. Durch diese Sonderzuweisung soll dem Arbeiter gezeigt werden, daß er imstande ist, durch Arbeit seine Lebenshaltung zu verbessern. Die besondere Fettabgabe wird nicht auf Kosten der Gesamtbevölkerung gehen, sondern aus ausländischen Lebensmitteln bereitgestellt werden, deren Einkauf vermöge der Mehrproduktion ermöglicht werden soll. Uebrigens soll die freiwillige Ueberstunde mit einem Aufschlag von 25 v. H. bezahlt werden. Endgültige Beschlüsse stehen noch aus, aber es will scheinen, als ob es zu einer freiwilligen Schichtverlängerung der Bergarbeiter im sächsischen Kohlenbergbau kommen wird.

Auch die Ruhrbergleute wollen mehr arbeiten.

Der Reichszentralrat ist am Mittwoch von seiner Reise in das Ruhrgebiet nach Berlin zurückgekehrt. Er hat an

einer Kabinettsitzung teilgenommen und sich über das Ergebnis seiner Besprechungen mit der Bergarbeitergewerkschaft (siehe Seite 1) ausführlich geäußert. Ein endgültiger Beschluß ist noch nicht gefaßt worden, doch haben sich die Bergarbeiter bereit erklärt, alle zwei Tage eine dreistündige Ueberstunde zu leisten, so daß dies praktisch auf eine 8 1/2 stündige Arbeitsschicht hinausläuft. Wie im einzelnen die Bezahlung sowie die Mehrverteilung an Lebensmitteln gehandhabt werden soll, wird in weiteren Verhandlungen festgelegt werden.

35 Millionen Menschenverluste

Die Opfer des Krieges.

Die Studiengesellschaft für soziale Folgen des Weltkrieges veröffentlichte soeben ihre Arbeit über den Gesamtverlust an Menschen, den alle kriegsführenden europäischen Staaten erlitten haben. Das amtliche Material legt zwar noch nicht vollständig vor. Manche Regierungen scheuen sich auch heute noch, die Opfer über den vollen Umfang der Verluste aufzuklären. Außerdem hat der Zusammenbruch großer Nationalitätenstaaten wie Rußland und Oesterreich-Ungarn erhebliche Schwierigkeiten für die amtliche Statistik mit sich gebracht. Aber es ist doch gelungen, über die meisten der Großstaaten so viel Material zusammenzutragen, daß sich die Hauptentwicklungslinien der Bevölkerungsabnahme während des Weltkrieges deutlich abheben.

Für Rußland und die kleineren Staaten mühen vielfach Schätzungen vorgenommen werden, denen jedoch die zuverlässigen Ergebnisse der Großstaaten zugrunde gelegt wurden. Die errechneten Zahlen sind in diesen Fällen als Mindestergebnisse anzusehen. Für folgende 10 europäische Staaten: Deutschland, Oesterreich-Ungarn, England, Frankreich, Italien, Belgien, Bulgarien, Rumänien, Serbien, Rußland beträgt der Gesamtverlust an Menschen während der Kriegsjahre mehr als 35 Millionen. Davon entfallen auf den Geburtenverlust 20 Millionen, auf den Verlust durch Zunahme der Sterblichkeit 15 Millionen, worin die Kriegesgefallenen mit fast 10 Millionen eingeschlossen sind.

Durch diese Verluste ist eine starke Verschiebung in dem Zahlenverhältnis der Geschlechter eingetreten. In allen zehn Staaten zusammen stieg der Frauenüberschuß von etwa 5,2 Millionen auf rund 15 Millionen. In Deutschland sind 1914 bis 1918 insgesamt 2,6 Millionen Menschen mehr gestorben, als es in normalen Zeiten der Fall gewesen wäre. Darunter befinden sich rund 1,8 Millionen Kriegesgefallene. Ueber 700 000 Menschen sind der Verdunstung zum Opfer gefallen. Nach den neuesten Ermittlungen übersteigt jedoch die Zahl der Kriegesgefallenen 2 Millionen. Frankreich verlor insgesamt bis Mitte 1919 1,8 Millionen Menschen infolge erhöhter Sterblichkeit. Die Zahl ist verhältnismäßig höher als die in Deutschland, was sich aus den proportional höheren Verlusten des französischen Heeres erklärt. Für England stellt sich die Zahl der Wehrverluste durch den Krieg auf rund 1 Million. England hat verhältnismäßig am wenigsten Verluste erlitten; sie betragen aber das Zwanzigfache der Verluste Deutschlands im Kriege 170/71.

Die landwirtschaftliche Woche

Landarbeiter und Wägenmontag. — Landfrauenitag.

Berlin, 19. 2. Am 3. Verhandlungstag der Generalversammlung des Deutschen Landarbeiterverbandes wurde abgestimmt über die Anträge zum Thema „Lohnverträge und Arbeitszeit“. Ein Antrag auf Anerkennung des Massenstreiks im proletarischen Kampf wurde abgelehnt. Die Forderung auf Abschaffung der Frauenarbeit wurde ebenfalls abgelehnt. Kinder unter 14 Jahren sollen zu landwirtschaftlichen Arbeiten nicht mehr herangezogen werden. Das Hofgängerwesen soll verschwinden. Zu den Anträgen auf Einführung des Wägenmontages gab der Vorstand folgende Erklärung ab: „Der Vorstand tritt nach wie vor für die Verkürzung der Arbeitszeit, soweit dies möglich ist, ein.“ Daraufhin wurden die Anträge, die die Einführung des Wägenmontages verlangen, zurückgezogen.

Die Zentrale der deutschen Landfrauen veranstaltete im Hertenhause eine Tagung, um über die Mitwirkung der Landfrauen am Wiederaufbau des Vaterlandes zu beraten. Nach einer Begrüßungsansprache der Gräfin Schwanen-Lewitz